

Die Deutsche Zeitung Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 218

Nr. 39 a

Bezugspreis: monatlich 2.00, einschließlich Postgebühren... Halle-Saale Sonntag, 15. Febr. 1925

Halle-Saale Sonntag, 15. Febr. 1925

Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile zu viermal 12 Pfennig... Anhalt und Thüringen

Der Schlußbericht der JMWK Der Schwindel mit der Kontrollnote

Herriots Weisung an Walsh

Die 'Woffische Zeitung' meldet aus Paris: Die meist gut unterrichtete Wochenzeitung 'Woff-Conteur' veröffentlicht heute die folgende aufsehenerregende Information: Wir berichten, ohne Rücksicht vor einem Dementi, daß General Walsh von Herriot den Befehl erhalten hat, seinen Bericht über die deutsche Abklärung möglichst nachdrücklich zu halten. Er hat als Soldat, der zu gebordeten wird, diesen Befehl ausgeführt. Gläubigerweise hat der Führer der englischen Militärmission Erklaunungen geäußert, als er die Weisungen der gesamten Mission zu Gesicht bekam. Hierfür ist General Walsh von nun ernannt worden, seine Aufstellung ohne geschäftsmäßige Einwände wiederzugeben und die Befehle zu befolgen.

Montagabend Uebergabe des Berichts

Der Schlußbericht der Kontrollkommission wird nämlich in Paris erwartet und soll, wie bekanntlich verstanden, am Montagabend dem Vorstände des internationalen Militärkomitees in Versailles, Marschall Foch, übergeben werden. Der 'Antant' meldet, daß der Bericht um die Hälfte gekürzt worden sei und nur zersäene Tatsachen enthalte, die der Öffentlichkeit die Verhältnisse Deutschlands mit zueinander Schärfe vor Augen führe.

Herriot will den Schlußbericht veröffentlichen

Die Wäiter melden nach einer Londoner Information, daß der Schlußbericht der Kontrollkommission in 48 Stunden abgelesen werden solle. Gleichzeitig kündigt ein Subkomitee über einen neuen Artikel des General Foch, der in der 'Revue de Revisions' erschienen ist und vom 'Zeit Parisien' in vollem Wortlaut wiedergegeben wird. Der Artikel ist eine Antwort Morgans auf eine Anfrage des parlamentarischen Ausschusses. Der Inhalt läßt sich nach den französischen Mitteilungen in einem Satz zusammenfassen. Es geht um einen Antrag zu prüfen, damit die deutsche Armee genau wieder so stark wird wie die alte. Seit einiger Zeit kommen alle Mitteilungen über den Bericht der Kontrollkommission und die 'deutschen Mächtigungen' aus London, während die französische Regierung sehr offizielle oder offizielle Erklärung über den vorangehenden Inhalt des Berichtes und die Folgerungen, die aus ihm gezogen werden sollen, vermeidet. Wie es scheint, versucht Herriot durch diese Zurückhaltung zu beweisen, daß England in dieser Angelegenheit 'genau so energisch' vorgehen werde wie Frankreich, obwohl der Erklärung über den englischen Wäiter bekannt ist, daß die Bedingungen der beiden Regierungen in verschiedenen Punkten voneinander abweichen. Ueber die Einzelheiten der Angelegenheit wird heute folgendes gesagt: 1. Der Bericht wird weniger ausführlich sein als früher behauptet wurde. Er wird nicht alle Entwendungen enthalten, sondern nur eine bestimmte Anzahl von Bestimmungen, für die zwingende Beweise vorhanden sind und die nach der Uebersetzung der Missionen von Deutschland unter keinen Umständen bestritten werden können. 2. Der Bericht wird veröffentlicht werden, wenigstens das, was die französische Regierung den bestimmten Wunsch, daß die Veröffentlichung erfolgen soll; 3. Es besteht in London der Wunsch, daß die Missionen sich über die grundsätzliche Antwort an Deutschland durch eine direkte Verhandlung verständigen, doch ist eine Entscheidung zu einer solchen Beratung in Paris bisher nicht getroffen. Es scheint, daß man hier keine große Neigung dazu hat, über die Antwort in einer Konferenz zu beraten. Man glaubt, daß der notwendige Meinungsaustrausch auch auf diplomatischem Wege erfolgen kann.

Die Verhüllung der Räumung Kölns

Der 'Daily Express' kritisiert heute in heftiger Weise die Haltung des britischen Außenministers gegenüber dem General Protoloff. Chamberlain, so sagt das Blatt, würde gern England zur Verteilung des Rheins verpflichten, und die Kommissionen würden sich einmütig erklären, daß das Protokoll nicht und nichtig machen würden. Letzten Endes würde England den Wäiterbund bitten, das Protokoll und damit die gesamte europäische Sicherheitsfrage und das Problem der Weisung Kölns bis zum Herbst d. J. ad acta zu legen.

Frankreich will den Rhein

Der sozialistische Deputierte Paul-Boncour, der als einer der französischen Delegierten bei der Entschlung des General Protoloff

Wo bleibt die Abklärung?

Gegenwärtig finden bei Paris Schließungen der englischen Mittelmeer-Flotte statt.

Französische Kanonen für die polnische Armee

Die 'Deutsche Allgemeine Zeitung' aus Danzig: Die polnische Wäiter melden, wird in Danzig das Transportgeschäft des polnischen Kriegsmaterials in Richtung Warschau mit einer Ladung französischer Kanonen für die polnische Armee erwartet.

Internes Verfahren gegen Richter

Wie die 'L'union' von unterrichteter Seite erfährt, sind bisher keine ersten Verhandlungen des Reichspräsidenten Richter bekannt. Es sind weder Strafverfahren noch Disziplinarverfahren eingeleitet. Wegen der in der Presse und im preußischen Untersuchungsamt erhobenen Vorwürfe ist im preußischen Innenministerium eine interne Untersuchung eingeleitet, zu der auch die Staatsanwaltschaft hinzugezogen war.

Die Vertagung des Magdeburger Prozesses

(Von unserer Berliner Schriftleitung) Die Vertagung des 2. Magdeburger Prozesses auf den 10. März wird damit begründet, daß von der Vertagung des Angeklagten neue Beweisanträge gestellt worden seien, die die Abhandlung von weiteren 75 Zeugen notwendig machten. Auch Herr Gertloff ließ sich von dem neuen Verfahren durch, was es war beabsichtigt, daß man sich heute in dem Reichspräsidentenpalais einfinden wollte, um ihn förmlich zu vernehmen. Der Reichspräsident hat sich aber eine allerdings leichte Erkrankung zugezogen, und so wird die Vernehmung erst in der nächsten Woche stattfinden.

Selbstverwaltung für Deutsch-Südwestafrika?

Bei der gestrigen Eröffnung des südafrikanischen Parlamentes teilte der Ministerpräsident mit, daß so bald wie möglich eine Gesetzgebung eingebracht würde, wonach in dem ehemaligen deutschen Südwestafrika eine selbständige Verwaltung eingerichtet werden soll.

Zimmer noch Unklarheiten in Preußen

Herrn Marr' vergebliche Liebesmüh'

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Eine Klärung der Dinge ist in Preußen erst Mitte nächster Woche zu erwarten, da der Reichstagsrat erst Dienstag eine Beurteilung der Geschäftslage zusammenstellt und die Mitglieder der Fraktionen erst am Mittwoch Erklärungen abgeben werden. Während auf der einen Seite erwartet wird, was kaum zutreffen dürfte, daß Herr Marr die Post zum preußischen Reichspräsidenten annehmen und durch Wäuralität der Volkspartei ein sozialistisches Kabinett aufbauen beabsichtigen werde, an dem die Antikommunisten bis zu den Sozialdemokraten beteiligt seien, erwartet man auf der anderen Seite, und wahrscheinlich mit mehr Berechtigung, daß Herr Marr unbedingt zurücktreten wird, um die Bildung der Volkspartei zu überlassen. Wie die Dinge nun liegen, wird mit dem Hin und Her auch die nächste Woche verlaufen werden, was bei allem Wäien doch das eine Gute hat, daß dem preußischen Volk die Segnungen der neudeutschen Verfassung völlig aufgezeigt werden.

Die Haltung der Sozialdemokraten

(Eigener Drahtbericht.) Zur Frage der Kabinettbildung in Preußen erfahren wir, daß Ministerpräsident Marr am Sonntag mit den Sozialdemokraten eine Versprechung hatte. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie auf die Anregung zur Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft vom Reichspräsidenten eine schließliche Zustimmung ausgeben lassen würden, sondern die Aufgabe hätte, praktische Ziele zu erreichen. Für die Haltung der Sozialdemokraten sei maßgebend die Erklärung, die im Dezember des verflochten Jahres bei der Kabinettbildung im Reich Hermann Müller abgegeben habe. Grundsätzlich sind die Sozialdemokraten bereit, auf die Anregung zur Bildung einer Volksgemeinschaft eingegangen. Eine endgültige Klärung wird vor Mittwoch nicht zu erwarten sein. Für Montag haben die Sozialdemokraten eine Fraktionsversammlung. Die anderen Fraktionen werden erst am Mittwoch vor der Wäitlung zusammenkommen.

Die Deutsche Volkspartei zur Preußenkrise

Die Volkspartei, 'Zeit' befaßt sich heute sehr eingehend mit der Regierungsbildung und erklärt, gegenüber einer ausführenden Stellungnahme der 'Germania', daß es zwischen einem Kabinett der Weimarer Konstitution und der Deutschen Volkspartei keine Verbindung geben könnte. Die Verluste, den wachen Charakter einer solchen Regierung durch die Delegierten vom Reichspräsidenten zu verzeichnen, seien ausfallslos. Das Blatt läßt sich dann mit dem Zentrumsergen übereinander, welche Auswirkungen die Haltung der Deutschen Volkspartei auf die Koalitionsverhältnisse im Reich haben müßte, und ist der Auffassung, daß keine Kreise der deutschen Wäiter doch weit weniger von einer Koalitionsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten etwas wissen wollen, als die 'Germania' glaubt. Die Deutsche Volkspartei werde im Wäigen abwarten und sich im gegebenen Augenblick nicht scheuen, aus ihrer Haltung die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Regierungsbildung in Sessen gescheitert

Die 'Woffische Zeitung' meldet aus Darmstadt: Die Zentrumsfraktion des siesischen Landtags hat sich endgültig abgelehnt, in der bisherigen Regierung, die aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum besteht, zu verbleiben. Sie fordert eine Erweiterung der Regierung nach rechts durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei und hat bereits praktische Schritte in dieser Richtung unternommen. Die Demokraten haben der Sozialdemokratie und der Volkspartei diese Zentrumserforderung vorgelegt. Die Sozialdemokraten werden am Sonntag eine Stellung dazu nehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt





